

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39
Telex: 09 86 846-48 pphn d

Inhalt

Annemarie Renger MdB
würdigt den Queen-Besuch
in der Bundesrepublik.

Seite 1/2

Horst Grunenberg MdB
zieht eine Zwischenbilanz
der UN-Seerechtskonferenz.

Seite 3

Eckart Kuhlwein MdB
kritisiert die DFB-"Zurückhaltung"
gegenüber der Diktatur in Argentinien.

Seite 4/5

Horst Jaunich MdB zum
Ärztetag: Schlechter
Start.

Seite 6

Bernhard Bußmann MdB:
Nachruf auf Bertram
Blank.

Seite 7

Herausgeber und Verleger:

Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesborger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 37 66 11

33. Jahrgang / 97 / 24. Mai 1978

Unverminderte Zuneigung

Zum Besuch der britischen Königin

Von Annemarie Renger MdB
Stellvertretende Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses

Der Staatsbesuch von Königin Elisabeth II. verläuft in einer natürlichen Atmosphäre der Freundschaft, die nach den trennenden Ereignissen in der Geschichte des britischen und des deutschen Volkes nicht selbstverständlich ist. Die unverminderte Zuneigung, die der Königin jetzt wie bei ihrem ersten Besuch im Jahre 1965 entgegengebracht wird, ist ein Ausdruck der Freude darüber, daß die historische Rivalität, die immer auch eine Haßliebe gewesen ist, der Vergangenheit angehört.

Die Königin selbst hat zu dieser Entwicklung einen höchstpersönlichen Beitrag geleistet. Bei aller Distanz zur Tagespolitik hat sie von Anfang an Freundschaftszeichen für das deutsche Volk gesetzt und damit die psychologischen, gefühlmäßigen Grundlagen der deutsch-englischen Beziehungen beeinflußt, die schwer faßbar und doch die wirksame Basis eines Verhältnisses sind, das sich Tag für Tag praktisch bewähren muß. Das gilt für den schwierigen Besuch, den Theodor Heuss als erstes deutsches Staatsoberhaupt nach dem Kriege 1958 England abstattete, ebenso wie für den Durchbruch in den gegenseitigen Beziehungen, der beim

Gegenbesuch der Königin 1965 gelungen ist. Mit ihrem Bekenntnis zu Europa, das sie 1972 ablegte, als Gustav Heinemann in England zu Gast war, hat sie dieser Zusammenarbeit eine neue Qualität gegeben. Sie hat jetzt darauf hingewiesen, daß die neue Freundschaft zwischen den beiden Ländern den Lauf der Geschichte in Europa verändert.

Für die deutschen Sozialdemokraten besteht Anlaß, das Engagement der Königin in zwei Punkten besonders hervorzuheben, weil es ihren eigenen politischen Überzeugungen entspricht. Der eine ist die Mitgliedschaft Großbritanniens in den Europäischen Gemeinschaften. Die Sozialdemokraten haben von Beginn an die Überzeugung vertreten, daß eine Einigung Europas ohne England unvollkommen sei. Die deutsch-britische Freundschaft hat für sie stets denselben hohen Rang besessen wie die deutsch-französische Freundschaft. Bei aller Befriedigung über die Fortentwicklung des deutsch-französischen Verhältnisses hat sie als Oppositionspartei die damalige Bundesregierung stets gedrängt, die Hindernisse zu beseitigen, die der Aufnahme Großbritanniens in die EG damals entgegenstanden. Sie hat damit dazu beigetragen, daß die Aussöhnung des deutschen und britischen Volkes durch die Partnerschaft in der EG und der Europäischen politischen Zusammenarbeit feste Gestalt gewonnen hat.

Der andere Punkt ist der Einsatz für Berlin. Es war 1965 in einer politisch angespannten Situation ein Höhepunkt des Staatsbesuch, als die Königin die Mauer entlangfuhr und der Berliner Bevölkerung die volle Unterstützung der britischen Regierung und des britischen Volkes zusagte. Heute wiederholt Elisabeth II. diesen Besuch und bekräftigt die damalige Zusicherung. Zum erstenmal seit dem Zustandekommen des Viermächteabkommens wird dabei der Bundeskanzler ein ausländisches Staatsoberhaupt auf Westberliner Boden begrüßen. Damit werden die unveränderten Grundlagen der westlichen Deutschlandpolitik erneut verdeutlicht: die fortbestehende Verantwortlichkeit der Vier Mächte für Berlin und ein geteiltes Deutschland, dessen nationale Frage nach wie vor ungelöst ist. (-/24.5.1978/ks/lo)

+ + +

Ermutigende Ansätze, aber kein Durchbruch

Zum Stand der UN-Seerechtskonferenz

Von Horst Grunenberg MdB

Obmann der Arbeitsgruppe Seerecht der SPD-Bundestagsfraktion

Die 3. Seerechtskonferenz der Vereinten Nationen hat nach einer zweimonatigen Verhandlungsphase ihre 7. Session auf August vertagt. Diese Denkpause ist sicherlich nützlich, soll es noch in der laufenden Session gelingen, die Interessen der verschiedenen Staatengruppen berücksichtigende Lösungen für die künftige Rechts- und Nutzungsordnung des Meeres zu finden. Die in Genf in Einzelgruppen geführten intensiven Verhandlungen brachten bei einer Reihe von Fragen Fortschritte, doch stehen für wichtige Bereiche, insbesondere

- die Nutzungsordnung für den Tiefseeboden und den Zugang zum Meeresbodenbergbau,
- den Rechtsstatus der 200sm-Wirtschaftszonen,
- den Zugang der Binnen- und geographisch benachteiligten Staaten zu den lebenden Ressourcen der Wirtschaftszonen,
- die Abgrenzung der Meereszonen benachbarter Staaten und
- die Festlegung der Festlandsockelaußergrenzen

konsensfähige Lösungen noch aus. In fast allen Fällen können die jetzt erarbeiteten neuen Texte aber als Fortschritt gegenüber dem Abschluß der letzten Session veröffentlichten Konventionstext (ICNT) und als Basis für weitere Verhandlungen angesehen werden.

Im wichtigen Bereich des Tiefseebodenbergbaus gelang der Konferenz trotz zeitweise ermutigender Ansätze leider noch kein Durchbruch. Zwar konnte in den Verhandlungen ein paralleles System vereinbart werden, welches nicht nur der geplanten internationalen Meeresbodenbehörde, sondern auch einzelnen Staaten und deren Wirtschaftsunternehmen den Zugang zum Tiefseebergbau ermöglicht, doch sind die vorgeschlagenen Regelungen für die Besetzung und das Abstimmungsverfahren des Verwaltungsrats der Behörde, die Finanzierung ihres Abbauunternehmens und die Bedingungen für den Technologietransfer noch zu unausgewogen, als daß sie für uns wie für andere am Tiefseebergbau interessierte Länder akzeptabel wären.

Hier stehen noch schwierige Verhandlungen bevor, die durch den Versuch einiger Entwicklungsländer, in diesem Bereich der Konvention ihre Vorstellungen von einer neuen Weltwirtschaftsordnung zu verankern, nicht erleichtert werden. Es bleibt zu hoffen, daß sich die Bereitschaft der meisten Länder, auch der meisten Entwicklungsländer, zu Entgegenkommen in Sachfragen und ökonomisch tragbaren Lösungen durchsetzen wird. Schon jetzt aber zeigt sich, daß uns die künftige Seerechtsordnung zum Umdenken zwingen und die Suche nach neuen unkonventionellen Lösungen, vor allem in bilateralen und regionalen Vereinbarungen, nicht ersparen wird. (-/24.5.1978/ks/10)

In Argentinien leider nur vornehme Zurückhaltung

DFB-Präsident Neuberger auf dem Rückzug

Von Eckart Kuhlwein MdB

Der Deutsche Fußballbund wird allem Anschein nach in Sachen Menschenrechte in Argentinien vornehme Zurückhaltung wahren. Letzte Versuche von amnesty international - vor allem ein Gespräch mit den DFB-Gewaltigen - haben daran nichts ändern können. Es bleibt wohl dabei: "El Mundial", von den argentinischen Militärs als Mammutpropagandashow für ihr Regime aufgezogen, soll nicht durch kritische Beiträge deutscher Fußballer getrübt werden.

Dabei hatte die gezielte Aufklärungsarbeit der vergangenen Monate den DFB-Präsidenten Neuberger durchaus in die Enge getrieben. Positive Kommentare zur argentinischen Junta waren nicht mehr zu hören. Und die Tatsache, daß ai-Generalsekretär Helmut Frenz und Tino Thun vom Bundesvorstand der Organisation eine Kronzeugin gegen das Regime präsentieren konnten, blieb wohl nicht ganz ohne Eindruck.

Die 24jährige Österreicherin Veronika Handel war im September 1976, ein halbes Jahr nach dem Militärputsch, verschleppt worden. Obwohl schwanger, war sie monatelang von ihren Bewachern sexuell mißbraucht und bestialisch gefoltert worden. Ihr Sohn Pablo, am 11. April 1977 geboren, wies Folterspuren auf und lag tagelang zitternd auf dem rattenverseuchten Boden einer Gefängniszelle. Nur auf Intervention des österreichischen Botschafters war die junge Frau im Oktober vergangenen Jahres freigekommen. Angesicht zu Angesicht mit der von ihrem Martyrium noch immer Gezeichneten, konnten die Sportfunktionäre nicht leugnen, daß in dem WM-Staat nicht alles zum besten steht.

So versprach denn auch Hermann Neuberger, sich zumindest für die inhaftierten und verschwundenen deutschen Staatsbürger zu verwenden. Allerdings nur als Privatmann und nach Rücksprache mit dem deutschen Botschafter in Buenos Aires. Ein weiteres Zugeständnis: Er will amnesty nach seiner Rückkehr über Erfolg oder Mißerfolg seiner Bemühungen informieren. Damit war aber auch schon die Bereitwilligkeit, sich für Unterdrückte und Mißhandelte in Argentinien einzusetzen, erschöpft. Zwar überreichten die ai-Vertreter noch eine Liste von acht inhaftierten oder verschollenen Sportlern. Doch für die mochte Neuberger keinen Einsatz mehr versprechen.

Auch mit allen weiteren Vorschlägen, stieß ai während des zweieinhalbstündigen Gesprächs auf eine geschlossene Ablehnungsfront. Das Gegenüber war nicht bereit, die

Petition an die Bundesregierung, deren Hauptziel die Aufnahme von 500 argentinischen politischen Gefangenen ist, zu unterstützen. Neuberger: "Das richtet sich ja gegen die Bundesregierung und würde außerdem eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten unseres Gastlandes bedeuten." Eine gemeinsame öffentliche Erklärung zur Situation der Menschenrechte in dem lateinamerikanischen Staat, wurde ebenfalls abgelehnt.

Mit dem Hinweis, die Nationalelf sei bereits bis 1982 ausgebucht, wurde auch die als Solidaritätsgeste gedachte Forderung vom Tisch gewicht, ein Benefizmatch zwischen unseren Spitzenfußballern und argentinischen Flüchtlingen in der Bundesrepublik auszugetragen. Für eine kritische Auseinandersetzung in der wichtigsten Fußballerzeitschrift, "Kicker", sagte Neuberger keine Unterstützung zu.

Enttäuscht zeigt sich die Gefangenenhilfsorganisation vom bisherigen Ergebnis ihrer Unterschriftensammlung bei den Nationalspielern. Trotz intensiver Bemühungen hat bisher nur der aus dem Weltmeisterschaftsteam inzwischen ausgeschiedene Herbert Neumann vom 1. FC Köln unterzeichnet. Obwohl mehrere andere Spieler sich noch vor wenigen Wochen positiv zu der Aktion geäußert haben, kann man vermuten, daß es mit der von Neuberger zitierten Entscheidungsfreiheit der Elf ("jedermanns ureigenste Angelegenheit") doch nicht so weit her ist. Schließlich darf nicht vergessen werden, daß der FIFA-Vize für die Präsidentschaft des Weltverbandes kandidiert und dazu auch die Stimmen der Lateinamerikaner braucht.

Inzwischen sind auch höchste Regierungsstellen, vor allem die Spitze des Auswärtigen Amtes, als offizielle Vertreter der Bundesrepublik von argentinischer Seite eingeladen worden. Zugesagt hat bisher jedoch nur Staatssekretär Baum (FDP) vom Innenministerium. Zudem hat der Sportausschuß eine fünfköpfige Delegation zusammengestellt. Neben dem Ausschußvorsitzenden Hans Ewers (CDU) werden Günther Müller (CSU), der Freidemokrat Klaus-Jürgen Hoffie und Adolf Müller-Emmert und Hermann Scheffler von der SPD nach Buenos Aires reisen. Man darf hoffen, daß nicht nur die beiden Sozialdemokraten den Rat ihres Fraktionskollegen Friedel Schirmer ernst nehmen. Dieser hat kürzlich in einem auch von der Fraktionsgeschäftsführung verbreiteten Beitrag u.a. gefordert: "Es ist nicht Aufgabe des Sports, die politischen Verhältnisse in einem Land zu ändern. Wohl aber ist es eine Verpflichtung für mündige Bürger unseres demokratischen Rechtsstaates, sich nicht für politische Zwecke durch Diktatoren mißbrauchen zu lassen."

(-/24.5.1978/ks/lo)

Auftakt mit falschen Tönen

81. Deutscher Ärztetag in Mannheim

Von Horst Jaunich MdB

Stellvertretender Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Ausschuß
für Jugend, Familie und Gesundheit

Ärztetage waren wohl niemals Veranstaltungen, auf denen Sozialdemokraten und ihrer Politik besondere Sympathien bekundet wurden. Der vom 23. bis 27. Mai 1978 in Mannheim stattfindende 81. Deutsche Ärztetag wird sich hierin von den vorausgegangenen kaum unterscheiden. Eines aber ist neu, wie der Verlauf der Eröffnungsveranstaltung beweist. Während früher die Funktionäre der Ärzteschaft die Auseinandersetzung mit der Gesundheitspolitik der SPD selbst besorgten, übernahm diesmal Baden-Württembergs unstrittener Ministerpräsident Dr. Hans Filbinger dieses Geschäft.

So weit, so schlecht. Man mag es als eine Frage des guten oder besser gesagt des schlechten Geschmacks ansehen, ob jemand die Möglichkeit, eine Begrüßungsansprache halten zu können, so nutzen will wie Herr Filbinger dies getan hat. Die Funktionäre der deutschen Ärzteschaft wären klug beraten, wenn sie bei kommenden Ärztetagen pro und contra zu Wort kommen ließen, so wie es der Präsident der baden-württembergischen Landesärztekammer Dr. Maiwald bei der Begrüßung der Gäste formulierte. Nicht wenige Delegierte werden die Ausfälle von Herrn Filbinger gegen die Bundesregierung und die sie tragenden Parteien als peinlich empfunden haben.

Mit pauschalen Diffamierungen der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften - dies dürften auch die Delegierten der Ärzteschaft wissen - lassen sich die gesundheitspolitischen Fragen unserer Zeit nicht lösen.

Es bleibt zu hoffen, daß trotz der falschen Töne bei der Eröffnung, die Beratungen und Beschlüsse des 81. Deutschen Ärztetages sowohl im sachlichen wie im personellen Bereich von der Verantwortlichkeit getragen werden, die von der deutschen Ärzteschaft bei ihrer täglichen Berufsausübung erwartet wird. (-/24.5.1978/ks/10)

+ + +

Hingabe an eine für richtig erkannte Sache

Zum Tode von Bertram Blank

Von Bernhard Bußmann MdB

Als Bertram Blank am 10. Mai die Sitzung des Haushaltsausschusses verlassen mußte, ahnten alle, die dabei waren, daß sie ihren Ausschußkollegen nicht mehr wiedersehen würden. Die meisten hatten bis dahin nicht gewußt, welche tückische Krankheit Bertram Blank bedrohte. Buchstäblich bis zum letzten parlamentarischen Arbeitstage hat dieser Mann in den Sielen gestanden.

Hingabe an eine für richtig erkannte Sache, das war Grundzug seiner Persönlichkeit. So kam er 1969 zur SPD. Der Wille zur Versöhnung mit allen Nachbarn des deutschen Volkes hatte den gläubigen Katholiken zur engagierten Bejahung der Ost-Politik veranlaßt und zum Eintritt in unsere Partei.

Als praktizierte Nächstenliebe verstand er politische Arbeit an der Basis. Er kümmerte sich um die Nöte und Sorgen seiner Bürger und diese erkannten seine Aufrichtigkeit. So gewann er denn zu aller Überraschung 1972 direkt ein Mandat im Rheinisch-Bergischen Kreis. Unbestritten hatte dort vorher über Jahrzehnte Paul Lücke als unschlagbar gegolten.

Im Bundestag wirkte er vom ersten Tage an im Haushaltsausschuß. Die Qualität seiner Arbeit fand sichtbare Anerkennung, als er zum stellvertretenden Obmann der SPD-Haushaltsgruppe gewählt wurde. Die Probleme der Soldaten und die Sicherheit unseres Staates nach außen waren sein Hauptarbeitsgebiet bis zum letzten Tag. Am 10. Mai dieses Jahres verließ er unter Schmerzen den Haushaltsausschuß, nachdem er als Berichterstatter für den Verteidigungshaushalt eine Vorlage vertreten hatte.

Am 23. Mai 1978 in der zweiten Stunde des Tages ist Bertram Blank für immer von uns gegangen.
(-/24.5.1978/vo-he/10)

+ + +